

Erschienen in: Freitag 37 vom 6. September 2002

Schröder will kein Verfassungsfeind sein. Die Absage an einen Krieg der USA ist für jede deutsche Regierung zwingend. Alles andere würde das Grundgesetz verletzen.

Mohssen Massarrat

Der deutsche Bundeskanzler Gerhard Schröder erteilte - für viele durchaus überraschend - der Teilnahme deutscher Soldaten an einem Krieg der USA gegen den Irak, selbst mit einem UN-Mandat, eine klare Absage. Der Zeitpunkt dieser Ankündigung legt verständlicherweise den Verdacht eines wahltaktischen Manövers nahe, um die Antikriegsstimmung der Bevölkerung für die Verbesserung eigener Wahl-Chancen am 22. September zu nutzen. Dennoch wäre es ein Fehler, die Aussage Schröders nur als Wahltaktik abzutun. Könnte es nicht sein, dass allmählich auch Schröder und der SPD-Führung bewusst wird, in welches Abenteuer George W. Bush durch einen Krieg gegen den Irak nicht nur Amerika, sondern auch Europa hineinziehen würde? Die Ankündigung von Verteidigungsminister Peter Struck in der ARD-Diskussionssendung zur Außenpolitik am 15. August "im Falle eines Krieges der USA gegen den Irak die 6 deutschen Spürpanzer und die 52 Bundeswehresoldaten aus Kuwait sofort zurückzuziehen", lässt vermuten, dass die SPD-Position zu den Kriegsplänen der USA - der sich auch Außenminister Fischer erst nach einigem Zögern angeschlossen hat - mehr ist als ein Schielen nach dem Wahltag.

Der durch den Präsidenten der USA offensichtlich geplante sogenannte "Präventivschlag" gegen Bagdad stellt nach übereinstimmender Auffassung der Völkerrechtler, z.B. Christian Tomuschat, einen eklatanten Bruch des geltenden Völkerrechts und einen Angriff auf das gesamte System der kollektiven Sicherheit im Rahmen der Vereinten Nationen dar, den nicht nur die Regierung, sondern auch die Oppositionsparteien in Deutschland und alle demokratischen Kräfte in Europa ohne Wenn und Aber zurückweisen müssten. Ein Präventivschlag ist eine höchst gefährliche Konstruktion. "Hitler und seine Schergen", stellt Dieter S. Lutz, Direktor des Hamburger Instituts für Sicherheitspolitik, bei einer verfassungsrechtlichen Würdigung einer möglichen deutschen Beteiligung am Irak-Krieg fest, "haben ihn eingesetzt, um 1941 den Überfall auf die Sowjetunion zu rechtfertigen, mit katastrophalen Folgen für Deutschland und die Welt. Natürlich stehen das demokratische Amerika und das verbrecherische Nazi-Regime nicht auf einer Ebene. Doch sind einige Parallelen in der Denk- und Argumentationsstruktur, mit denen der Präventivschlag gegen den Irak gerechtfertigt wird, zu ernst, als dass nicht vor der Gefahr eines Irrweges gewarnt werden müsste".

Die Kritik an dem von Schröder eingeschlagenen "Deutschen" Weg ist populistisch und unangebracht. Die Verfassung der Bundesrepublik Deutschland schreibt diesen Weg unmissverständlich und zwingend vor. Nach Art. 26, Art. 1 GG sind "Handlungen, die geeignet sind und in der Absicht vorgenommen werden, das friedliche Zusammenleben der Völker zu stören, insbesondere die Führung eines Angriffskrieges vorzubereiten, verfassungswidrig" und sind "unter Strafe zu stellen."

Insofern ist eine klare Absage, die Mitwirkung deutscher Soldaten an einem US-Krieg gegen den Irak auszuschließen, ganz im Sinne der Verfassung. Andere Parteien und deutsche Politiker, die genau dies nicht grundsätzlich ausschließen wollen, handeln verfassungswidrig. Denn verboten ist, schreibt Lutz "nicht nur die Vorbereitung eines Angriffskrieges, sondern jede beabsichtigte Handlung, die auch nur 'geeignet' ist, einen Angriffskrieg vorzubereiten. Taten sind nicht einmal erforderlich. Bereits die Aufforderung oder Zustimmung, das bloße Wort also, genügt."

Schon jetzt hat die klare deutsche Stellungnahme in den Vereinigten Staaten Wirkung gezeigt und den Kritikern der US-Regierung, auch unter den Republikanern, die offen vor einem neuen Kriegsabenteuer warnen, den Rücken gestärkt. Die Unsicherheit der amerikanischen Bevölkerung, ob der nächste Krieg der US-Regierung überhaupt Sinn macht, ist enorm gestiegen. Knapp über die Hälfte der Bevölkerung stimmt einem Krieg der US-Regierung gegen den Irak, gegenüber beinahe 80% vor einigen Wochen, zu. Dass dieser Stimmungsumschwung mit europäischen Reaktionen zu tun hat, ist daran zu erkennen, dass der unter Legitimationsdruck geratene Präsident sich inzwischen auf die Position zurückzieht, sich vor der endgültigen Entscheidung eng mit den Verbündeten abstimmen zu wollen, wovon in letzter Zeit immer weniger die Rede war. Um so wichtiger erscheint es daher, auch die europäischen Regierungen für eine klare Absage an die Kriegspläne der USA zu gewinnen. Die EU ist durchaus kein machtloser Zuschauer der US-Politik.

Ist aber die Absage des Bundeskanzlers tatsächlich ernst und beruht sie auf einem wohl überlegten Gesinnungswandel, dann müssen er und die SPD Farbe bekennen sowie die Ernsthaftigkeit der eigenen Meinung mit weitergehenden Stellungnahmen unterstreichen, um erneut gegenüber der US-Regierung und der Bevölkerung in den Vereinigten Staaten keinen Zweifel über die Nichtbeteiligung Deutschlands am Krieg aufkommen zu lassen. Dazu gehört vor allen Dingen schon jetzt, mit Verweis auf den eigenen Verfassungsauftrag gegenüber der US-Regierung deutlich zu machen, dass im Falle eines Krieges gegen den Irak mit der deutschen Zustimmung für die Nutzung der militärischen Infrastruktur und der Militärbasen der USA in Deutschland nicht zu rechnen ist. Denn Handlungen, die auch nur "geeignet" sind, einen Angriffskrieg auf deutschem Territorium "vorzubereiten", verstoßen gegen die deutsche Verfassung. Um so mehr gilt dies für die Durchführung eines Angriffskrieges.

Die klare Absage an eindeutig völkerrechtswidrige Pläne der USA nach ihrem militärischen Sieg gegen die Taliban in Afghanistan ist die eine Sache. Eine völlig andere, aber ebenso wichtige Frage ist, ob und wie Deutschland und Europa es schaffen, über die Irak-Frage hinaus endlich zu einer neuen und eigenständigen Außen- und Friedenspolitik zu kommen. Dazu müsste allerdings gerade aus aktuellem Anlass die eigene Aussen- und Sicherheitspolitik der Regierung in den letzten Jahren, die über weite Strecken sich in der Unterstützung der US-Aussen- und Sicherheitspolitik erschöpfte, einer kritischen Bilanz unterzogen werden. Die passive Haltung der Bundesregierung gegenüber den Vereinigten Staaten, die in der Position von Außenminister Fischer "Wir haben Amerika nicht zu kritisieren" und in der "uneingeschränkten Solidarität" der Bundesregierung nach dem 11. September 2001 ihren Ausdruck fand, hat sich auf der gesamten Linie offensichtlich als ein Irrweg erwiesen.

Das Gleiche gilt auch für die Haltung der Bundesregierung zum Nahostkonflikt und das Schielen nach Signalen aus Washington. Kalte Krieger im Weißen Haus haben die oft kaum nachvollziehbare Zurückhaltung der Bundesregierung und das Fehlen einer gemeinsamen EU-Friedenspolitik als Freibrief für US-Hegemonialbestrebungen und für die Durchsetzung der Partikularinteressen der US-Rüstungs- und Ölindustrie in der ganzen Welt missverstanden. Diese Kräfte gehen gegenwärtig sogar so weit, die weltweite Solidarität mit den Opfern des Verbrechens vom 11. September im Rahmen der Allianz gegen den internationalen Terrorismus, nicht zuletzt auch dank der bisher kritiklosen Haltung europäischer Regierungen, für einen Angriffskrieg heute gegen den Irak - und vielleicht morgen gegen ein anderes Land - umzumünzen.

Der Irrweg begann mit der Beteiligung Deutschlands am Krieg der Nato gegen die Bundesrepublik Jugoslawien unmittelbar nach der Regierungsübernahme der jetzigen rot-grünen Koalition. Dieser Krieg hat den Vereinigten Staaten den Weg zur Errichtung neuer Militärstützpunkte auf dem Balkan und in Zentralasien geebnet, Deutschland und Europa in den Augen der Weltöffentlichkeit zur Putzkolonie der Nato degradiert und obendrein die Fortexistenz des Milosevic-Systems um mindestens zwei Jahre verlängert. Milosevics Sturz wurde schließlich durch die Unterstützung der serbischen Oppositionsparteien und die Ankündigung großzügiger Wirtschaftshilfen im Falle eines Machtwechsels herbeigeführt. Dieses Ziel und die Verhinderung des Desasters im Kosovo hätte auch ohne den Krieg und - als Milosevic 1998 politisch mit dem Rücken zur Wand stand - aller Wahrscheinlichkeit nach sogar reibungsloser erreicht werden können. Tausenden zivilen Opfern des Krieges in Serbien und im Kosovo wäre so auch viel Leid erspart geblieben.

Für die Bundesregierung ist es an der Zeit, aus den Fehlern der vergangenen Jahre zu lernen und ein Stück Glaubwürdigkeit für die deutsche Außenpolitik, die nach dem eigenen Anspruch Friedenspolitik sein sollte, zurückzugewinnen. Entgegen manch irriger und selbstunterschätzender Meinungen, verfügen Deutschland und die europäische Union über erhebliche friedenspolitische Gestaltungsmöglichkeiten, die sie für eine eigenständige europäische Außen- und Sicherheitspolitik nutzen könnten. Als Leitbild gilt es, eine Politik der auf die Unteilbarkeit der Menschenwürde ausgerichteten Kooperation mit den europäischen Nachbarn, mit dem Balkan, dem Nahen und dem Mittleren Osten, mit Zentralasien und der islamischen Welt zugrunde zu legen. Wäre die EU für eine aktive Friedenspolitik in Europas benachbarten Regionen nicht geradezu dadurch prädestiniert, dass sie auf eigene, auch friedenspolitisch wichtige Erfahrungen im europäischen Integrationsprozess der letzten Jahrzehnte zurückgreifen kann? Europa ist dank der im vergangenen halben Jahrhundert gewonnenen moralischen Kraft und der hohen Akzeptanz in den europa-nahen Regionen durchaus in der Lage, der aggressiven und zunehmend auf die eigene Hegemonie ausgerichteten Außenpolitik der Vereinigten Staaten ein eigenes friedenspolitisches Gegengewicht entgegen zu setzen. Nur dadurch kann auch der Handlungsspielraum der besonnenen politischen Kräfte in den Vereinigten Staaten für einen außenpolitischen Kurswechsel dieses Landes gestärkt werden.

Als einen entscheidenden Schritt in diese Richtung müsste die Bundesregierung und Europa den Frieden im Nahen Osten zu ihrem außenpolitischen Hauptthema machen. Die Vereinigten Staaten sind offensichtlich dazu nicht in der Lage oder aber nicht sonderlich daran interessiert. Sie können warten, Europa und der Nahost-Frieden jedoch nicht. Schließlich spielt sich in Europas Nachbarschaft, vor allem im

Nahen Osten, eine menschenrechtliche Tragödie ab. Die Europäische Union ist eine wichtige, vielleicht die einzige politische Kraft, die durch behutsame, gleichwohl auch entschlossene Schritte eine sich selbst tragende Dynamik im Nahost-Friedensprozess herbeiführen könnte. Deutschland sollte dabei vorangehen, gerade wegen der eigenen historischen Verantwortung, auch im Interesse der Existenz Israels auf einer neuen und stabileren Grundlage.